

Putin legt offen und überspannt den Bogen...

Separatisten-Republiken anerkannt – russische Truppen gehen in die Ost-Ukraine (eine psycho-politische Einschätzung der neuen Lage)

ES ist heraus: per Dekret hat Russlands Präsident Wladimir Putin am 21. Februar die beiden abtrünnigen ostukrainischen Separatisten-Republiken Donezk und Luhansk auf deren an Moskau herangetragenen „Bitten“ anerkannt und seine an der Ostgrenze zur Ukraine aufmarschierten Truppen in die beiden Regionen einrücken lassen. Niemand glaubte ohnehin, dass man allein zu Manöverzwecken bis zu 160.000 Soldaten in Grenznähe eines anderen Landes aufmarschieren lässt. Bereits in der vergangenen ersten Wochenhälfte wurde während des Besuches von Bundeskanzler Olaf Scholz in Moskau in der russischen Staatsduma ein Antrag eingebracht, der diese Anerkennung zum Inhalt hatte.

DAMIT hat das Rätselraten, was Putin wirklich beabsichtigt und umzusetzen vorhat, ein Ende. Diese Lage ist im Sinne von Klarheit fast besser als die ungewisse Situation in den Tagen und Wochen davor. Alle diplomatischen Anstrengungen und Verhandlungsbemühungen, alle Deeskalations-Appelle, waren damit freilich *strictly for the birds*, wie man auf gut Amerikanisch sagt, also für die Katz. Der Geheimplan mit Putins Schachzügen lag offenbar längst vor all dem schon fest. Der Verhandlungspoker war so gesehen nur noch Schau und diente zeitlichem Hinhalten, bis die militärischen Vorbereitungen abgeschlossen waren. Die USA lagen mit ihren Einmarsch-Prognosen erstaunlich richtig. Putin hat sich damit vermutlich auf viele Jahre als ernstzunehmender Dialog-Partner diskreditiert. Langfristig bedeutet das noch mehr internationale Isolation für Russland. Dennoch will der Westen die diplomatischen Kanäle offenhalten.

IN einer Art von historischen Rede rechtfertigte Putin in einer fast einstündigen Fernseh-Ansprache sein Vorgehen gegenüber der Ukraine. Er stellte ihre Eigenstaatlichkeit in Frage und griff tief in die narrative Mottenkiste, indem er sie zum durch „*Russland und den kommunistischen Revolutionsführer Lenin*“ geschaffenen Konstrukt erklärte, also demnach zu Russland gehörend. Die USA und der Westen werden, so fatal das klingen mag, mit einem Putin, der zum Teil seine Maske fallen lässt, „besser“ zurecht kommen können, als mit einem taktisch lavierenden Turner und Täuscher. Wenn auch unklar bleibt, wie weit er es mit seinem „Angriff“ auf die Ukraine noch treiben will. Steht für ihn früher oder später das ganze Land zur „Disposition“ eines imperialen Einverleibungs-Aktes? Kuchenstück für Kuchenstück... Die Ukraine nimmt er nicht wahr als nicht-russisches eigenständiges Nationalterritorium seit der Epochenwende und der „orangenen Revolution“ mit den Majdan-Protesten 2013. Sein Einfall in die Ukraine ist ein klarer Akt des mehrfachen Bruchs sowohl von Völkerrecht als auch des Minsker Garantie-Abkommens als auch der UN-Charta.

WELCHE Option(en) hätte die so brüskierte Ukraine jetzt? Von Stillhalten bis Krieg führen um das eigene Terrain scheint alles vorstellbar. Man wird dies aber sehr wahrscheinlich nicht tun, denn es bedeutete Krieg mit einem militärisch haushoch überlegenen Gegner und ohne Bündnispartner im Kampf. Es wäre geradezu eine Einladung Putins zum Marsch auf Kiew. Auch wenn die US-Vizepräsidentin, Kamala Harris, betonte, man werde nicht in der Ukraine kämpfen, könnte der vermessene Versuch einer russischen Besetzung der ganzen Ukraine ein Überschreiten der roten Linie für die USA sein, die dann mit einem UN-Mandat ausgestattet eingreifen könnten. Dann käme es wohl zu einem großen Krieg, vielleicht sogar mit Einsatz atomarer Waffen. Doch sind dies letztlich alles müßige Spekulationen. Vielmehr

dürfte es vorerst defensiv darum gehen, den westlichen Teil des Donbass in einem Status quo militärisch zu sichern, der nicht zu den Separatisten-Republiken gehört, von diesen aber gleichwohl beansprucht wird. Es geht ja um zwei abgefallene Gebiete, die jeweils für sich nicht viel größer sind als das Saarland, allerdings mit hoher Bevölkerungsdichte. Aber diese regionalen Gebiete jetzt als „Staaten“ zu bezeichnen, die unweigerlich am russischen Tropf hängen, dürfte völlig überzogen sein. Die beiden Städte Donezk und Luhansk liegen jeweils an der Grenzlinie zur übrigen Ukraine, sinnigerweise auch „Kontaktlinie“ genannt.

VON Anfang an krankten die Vermittlungsbemühungen und Gesprächsinitiativen gegenüber Putin an der Eindimensionalität von (militärisch) Drohen und Sanktionieren + Verhandeln. Sie haben die Ohren und Sinne ihres Gegenüber offensichtlich nicht erreicht. Wir müssen uns den ehemaligen KGB-Apparatschik, Wladimir Putin, als eine Persönlichkeit vorstellen ähnlich der von Ex-US-Präsident Donald Trump. Die im Laufe der eigenen Amtszeit seit Beginn des Jahrtausends auch eine nicht geringe Veränderung erfahren hat. Wenn man nur daran zurückdenkt, dass er sogar auf Deutsch im Deutschen Bundestag redete und dafür von demokratischen Parteien Beifall erntete. Oder dass es zeitweilig fast ein vertrautes Einvernehmen mit Ex-Kanzlerin Angela Merkel gab. Beide brauchten für Gespräche keine Dolmetscher, Merkel war des Russischen, Putin des Deutschen mächtig. Merkel sandte dem Ex-Wahldresdener und Liebhaber ostdeutscher Biere Kisten mit Radeberger Pilsner. Doch das gute Verhältnis zu Merkel und Deutschland verkehrte sich im Laufe der Jahre über verschiedene politische Ereignisse, wozu die Krimannexion gehört, nahezu ins Gegenteil.

ÜBER Jahrzehnte seien Russlands Bedenken hinsichtlich eigener Sicherheit ob des Nato-Vortriebs mit auf Russland gerichteten Raketenstellungen in Polen und Rumänien ungehört geblieben, klagt Putin nicht zu Unrecht. Beobachter und Kenner des Kreml stellen mittlerweile eine wachsende menschliche „Vereinsamung“ Putins im Amt fest, eine merkliche Verringerung von Beratern und Vertrauten in seinem unmittelbaren Umfeld. Engen freundschaftlichen Kontakt unterhält er gerade noch zum russischen Verteidigungsminister, mit dem er Jagdausflüge unternimmt. Wer soll ihm noch sagen und raten, welche anderen Alternativen er außer militärischen noch hätte? Putin scheint mehr und mehr zu einem unberechenbaren politischen „Psychofall“ zu werden.

VON Trumps Amtszeit weiß man, wie viele Secretaries of State (Minister) und Berater er während seines Regierens verschlissen und selbstherrlich gefeuert hat oder wie viele von sich aus ihre Ämter niederlegten. Er befasste sich anscheinend im Weißen Haus mehr mit Akten vernichten als mit anderem, soll sogar mit Papieren das Klo verstopft haben. Kuriose Einblicke in irrationales Regierungsinneleben. Putin erweckt heute äußerlich eher den Eindruck eines kranken Menschen, er soll mit Stereoiden behandelt werden, heißt es. Sein Gesicht wirkt aufgedunsen mit glasigen Augen, soweit man am Fernsehen davon etwas erkennen kann. Früher legte er viel Wert auf Demonstration körperlicher Fitness und Sportlichkeit. Man sah ihn mit nacktem durchtrainiertem Oberkörper und Kaki hose auf einem Pferd durchs Wasser reiten. Er trat als kämpfender Judoka auf und robuster Feldspieler in der Eishockey-Arena. Als Waffennarr übte er sich vor der Kamera im Pistolen- und Gewehrschießen.

DIESE Zeiten scheinen für den Siebzigjährigen vorbei zu sein. Zwischen physischer und geistiger Verfassung gibt es gerade auch bei alternden Politiker:innen einen engen Zusammenhang. Man denke nur etwa an den kranken US-Präsidenten John F. Kennedy, Stützkorsett-Träger und an ernsten inneren Organerkrankungen leidend, gegen die ihn seine

Ärzte laufend spritzten und ihm abenteuerliche Medikamenten-Cocktails verabreichten. Dazu kamen noch seine zahlreichen nebenehelichen sexuellen Affären. Persönlichkeiten mit offenbar zwei Gesichtern. Wie lange hält eine menschliche Psyche solche „Schizophrenie“ aus? Man muss also den Grund für Putins Verhalten nicht nur in seinen rückwärts-gewandten politischen Überzeugungen suchen. Doch gerade seine TV-Rede am Montag verrät viel über sein „russisches“ Weltbild und machtpolitisches Denken und Kalkül, wovon er angetrieben und geleitet wird. Mehr und mehr verfängt er sich in teils abstrusen historischen Blickwinkeln.

HIER kommen wir nun zum Punkt *ideologische Lesarten und tatsächliche Interessen* in der Russland-Nato-Ukraine-Krise. Wir befinden uns am langen Ende eines seit fast zwei Jahrzehnten schwelenden schweren Konflikts mit komplex-differenten Aspekten. Wie auch immer und aus welchen Motiven drückt Putins Vorgehen den Wunsch nach einer „Lösung“ in seinem Sinn aus. Der Westen hingegen sah und sieht gar kein „Problem“. Worum so viel Aufsehen? Alles sei hinsichtlich der Ukraine unter Souveränitäts- und freien Bündniswahlaspekten in trockenen Tüchern. Eine gründliche Verkennung der Lage. 2008 führte der kurze Krieg Russlands mit Georgien zum Verlust der georgischen Landesteile Abchasien und Nord-Ossetien, was bis heute nicht rückgängig gemacht wurde. Auch aus der Ost-Ukraine wird Putin so bald nicht wieder abrücken, siehe Bsp. Krim-Annexion, die auch noch für die jetzt offiziell besetzten Gebiete Donezk und Luhansk folgen könnte.

DER politische und militärische Westen richtete sich ideologisch zu auf der gerade in München stattgefundenen traditionellen Sicherheitskonferenz (msc). Eine russische Delegation blieb erstmals seit 30 Jahren dem weltpolitischen Event fern, weil sie sich angeblich die versammelte massive, einseitige Kritik am Verhalten des eigenen Landes nicht anhören wollte. Wie es zu dem Zeitpunkt aus Moskau noch hieß, sollten Truppen ins russische Hinterland, etwa an den Ural, zurückbeordert werden. Aber nichts schien sicher darauf hinzudeuten, dass dem auch so gewesen wäre. Im Gegenteil.

ES scheint, Putin sage das eine und tue das andere. Allseits wurde bekundet, man wolle keinen Krieg in Europa, obwohl es diesen de facto in hybrider Form im Donbass schon seit acht Jahren gibt. Rufe nach „Deeskalation“ Richtung Moskau bei gleichzeitigen Drohgebärden wollten nicht verstummen. Putin, oberster „Manöver“-Herr, forderte gar den militärischen Abzug der USA aus Ost- und Mitteleuropa und damit aus seiner Machtreichweite. Eine bis auf weiteres realpolitische Illusion und nur Wortgeklingel. Wer hört nicht genau hin oder versteht da ständig nur „Bahnhof“?

PRÄSIDENT auf „Lebenszeit“, Wladimir Putin, zumindest theoretisch bis 2036 (dann wäre er 84!), bastelt als kühl kalkulierender Machtpolitiker an seinem finalen autokratischen Lebenswerk: Russland stark zu machen und politisch und militärisch wieder Geltung und Einfluss zu verschaffen. Dies scheint der Potentat sich je mehr vorzunehmen desto mehr sein Alter fortschreitet. Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Welt wieder in den Stand von vor 1997 zurückzusetzen, was er in der Vergangenheit mehrmals in grundsätzlichen Stellungnahmen in Aufsätzen allen Ernstes unterstrich. D. h. zu einem anerkannten kapitalistischen Player neben den Konkurrenten USA und China zu werden, wonach es bei den derzeitigen Wirtschaftsdaten, 8,7 Prozent Inflationsrate, nahezu völlige Konzentration auf und Abhängigkeit vom Export fossiler Energiearten, kaum aussieht. Etwa zwei Drittel des Exports finden als Energie-Ausfuhren statt, die die Hälfte des Staatseinkommens ausmachen.

DAS ist letztlich das imperiale Ziel, das er auch mehr oder weniger aggressiv und „expansiv“ anstrebt, ja nach seiner Logik anstreben muss. Bsp. Syrien, wo Russland keine Garantiemacht, sondern Konfliktpartei auf Assads Regierungsseite ist. Viele Verbündete hat Putin außerhalb der Russischen Föderation nicht. Stärkstes Pfund ist noch eine Annäherung an China und Teilhabe an dessen expansiver Wirtschaftsstrategie der „Neuen Seidenstraße“, deren nördliche Handelsrouten zum Teil durch russisch-föderiertes Gebiet verlaufen. Gefürchtet wird von Putin, der Funke eines *demokratischen Transformationsprozesses* nach westlichem Muster in Ost-Europa, wie er vor allem von den USA und auch der EU gefördert und unterstützt wird, könnte eines absehbaren Tages auf Russland überschwappen und seine Alleinherrschaft unterminieren. Vor allem ist es die Jugend in der Ukraine und in Russland, die Freiheit und Demokratie einfordert und Putin ist allmählich ein „alter Mann“ und Kalte-Kriegs-Fossil. Jede aufkommende oppositionelle Regung für mehr Freiheit und Demokratie wird von ihm unterdrückt. Im Land herrschen und bestimmen mit ihm zusammen korrupte lokale und regionale Oligarchen. Es ist schwer, mit so jemandem in solcher Vernetzung über Frieden zu reden, geschweige denn auskömmlich zu verhandeln.

DIE geschürte Freiheitstendenz weckt als Folge in an Russland grenzenden Ländern Begehrlichkeiten, sichere Aufnahme in Nato und EU zu finden. Das will Putin möglichst verhindern und versucht darum, einen Keil in diesen Vorstoß zu treiben. Dabei bedient er sich, wie zu sehen ist, verstärkt militärischer Drohmittel für seine Politik, das da „Manöver“ heißt. Dass dies jenseits der russischen Grenze Bedrohungsängste schürt, ist dem Angstmachpolitiker Putin als Nebeneffekt nicht unrecht und durchaus beabsichtigt. So lassen sich an sensiblen Grenzen Truppen verschieben und konzentrieren, ohne aktiv den Eindruck zu erwecken, dies diene womöglich anderen Zwecken. Kaschiert wird dies ideologisch hinter den Forderungen zum Stopp bzw. zur Rücknahme der Nato-Osterweiterung und unter Verweis auf legitime Sicherheitsinteressen an der russischen Westgrenze, die freilich nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind. Bei „Anne Will“ (20. Februar) gerieten Sahra Wagenknechts (Die Linke) kritische Einlassungen zur Lage in der Ukraine fast zu einem ungewollten Plädoyer für die Anliegen der russischen Seite, während sie unisono heftige Gegenrede erntete von der USA-Korrespondentin und Think-Tankerin Constanze Stelzenmüller, dem Auswärtigen-Politiker Norbert Röttgen (CDU) und dem SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil. Noch schlimmer im Konzert contra Putin-Russland kam es in der Spontan-Runde von Frank Plasbergs „Hart-aber-fair-Talk“ am Montag (21. Februar), bei der an der russischen Seite im Chor kein gutes Haar gelassen wurde, einer wirklich tendenziösen Betrachtung, bei der man sich völlig einig war. Russland hatte keinen „Anwalt“. So wird auch Meinung gezielt manipuliert.

WAS ist gegenüber Putin die Ausgangslage der westlichen Seite zusätzlich zu dem, was im zuvor gesagten schon anklingt? Vor allem ist es das geostrategische Interesse der USA, Russland durch einen Kordon von Verbündeten (Nato) wirtschaftlich und militärisch quasi einzuhegen und einzuschnüren, die rote Karte zu zeigen. Die Ost-Nato-Partner spielen dieses fatale Spiel leider einhellig mit. Die Nato-Ostgrenze dabei soweit wie möglich auf Russland zu bewegen, ist einer der heftigsten Steine des Anstoßes für Moskau. Wenn man einem Tier (etwa dem russischen Bären) zu nahe kommt, greift es womöglich an und schlägt zurück. Andere Staaten reagierten historisch nicht viel anders (vgl. die USA in der Kuba-Raketenkrise). Die offensive USA-Nato-Strategie gegenüber Russland war so, wie sie seit dem Ende der Sowjetunion alsbald angelegt wurde, einer der größten Fehler des Westens, der Putin und sein nationalistisch-militärisches Programm erst auf den Plan rief,

stark machte und ihm einen zentralen Angriffspunkt bot. Hätte man nicht besser auf ein neutrales Polen, neutrales Baltikum, Rumänien und Bulgarien hingewirkt? Gewiss!

NEBENEFFEKTE spielen dabei ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die östlichen Nato-Partner etwa werden aufgerüstet. Gerade bekannt wurde ein neuer Panzer-Deal der USA mit Polen, das 250 Kampfpanzer des Typs „M1A2 Abrams“ von den Amerikanern kaufen soll. Umfang des Geschäfts wären, wie vom polnischen Verteidigungsminister Blaszczak verlautet, 5,2 Milliarden Euro. Unklar blieb bis dato, warum die USA so massiv auf einen russischen Angriff auf die Ukraine nach ihren „Erkenntnissen“ abhoben, fast mit Datumsangabe auch wieder für diese Woche. Was war noch der Zweck der Übung außer zu „warnen“? Welchen unwägbareren Effekt eine Gesamtinvasion der Ukraine für Russland haben würde, wurde bereits im Teil II des friedenspolitischen Kommentars ausführlich dargestellt.

NOCHMAL betont: es geht Putin wie wir jetzt sehen, zunächst um die Separatisten-Gebiete in Donezk und Luhansk, alles andere wäre für Moskau das pure Abenteuer auf sehr glattem, dünnem Eis und vielleicht sogar Putins vorzeitiges Ende, sein „Afghanistan“. Die Ukraine würde sich nicht in ein Besiegten-Schicksal fügen. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat bei „Anne Will“ (20.2.) sehr deutlich den möglichen Reaktions-Katalog der EU auf einen russischen „Angriff“ auf die Ukraine vorgetragen, der an Drohungen nichts auslöst. Die von ihr angedeuteten Sanktionspunkte, *„bedeuten für den Kreml, dass wenn sie [die Russen, d. Verf.] militärische Aggressionen gegen die Ukraine fahren, Russland im Prinzip abgeschnitten wird von den internationalen Finanzmärkten“*. Russland habe, so die CDU-Politikerin, eine klare Schwachstelle, das sei seine Wirtschaft. Daraus will man Putin einen „Würgestrick“ kneten.

ALS wüsste und kalkulierte Putin dies nicht selbst. Warum also wird diese Invasions-Karte immer noch so hoch gespielt? Unklar ist auch, warum die ukrainische Seite, vor allem Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko und BRD-Botschafter Andreij Melnyk, so massive Forderungen nach Waffenlieferungen gerade an die Adresse Berlins richtet? Geht es dabei auch um ein Vorführen „unzureichender“ deutscher Reaktion? Defensive Waffen könnte die Ukraine von allen möglichen Nato-Ländern bekommen und erhält sie auch. Dennoch wird an dieser Stelle Stein und Bein insistiert, weiter gebohrt und Deutschland ins schiefe Licht des in militärischen Dingen „unzuverlässigen“ Partners gerückt. Von keinem europäischen Land hat die Ukraine einen solch großen Umfang an finanzieller Unterstützung (fast 2 Milliarden Euro) für die zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung erhalten wie von den Deutschen. Schon vergessen?

DIE Rhetorik auf den beteiligten Seiten war bis zuletzt verwirrend. Irritationen und Missverständnisse sind in solch spannungsgeladener Lage programmiert und die schlechtesten Ratgeber. Wir erlebten mehr und mehr eine Art babylonische Sprachverwirrung, alle redeten mit verschiedener Zunge. Keiner versteht so wirklich mehr den anderen. Eines scheint bei allem klar: selten war Diplomatie in einer ernststen Konflikt- und Vorkriegslage so unfähig, die Dinge auf den Punkt zu bringen und sortiert auf den Tisch zu legen. Oder sie lagen auf dem Tisch und die, die mit am Tisch saßen, meinten und sagten, es gehe sie nichts an und blieben stur bei ihren Forderungen. Keine Front bewegte sich. Das machte das Schießen wieder wahrscheinlicher. Putins Vorgehen ist in seiner Logik wohl abgestimmt, seine Truppen im Donbass in Teilen von Donezk-Luhansk betitelt er als „Friedenstruppe“ zur Sicherung der Lage, nicht zum Angriff auf weiteres, vorerst.

MAN konnte sich in punkto Sprachverwirrung in gewisser Hinsicht zurückversetzt fühlen in den August 1914, kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, als die beteiligten Kriegsherren angeblich wie „Schlafwandler“ (so die These des Historikers Christopher Clark) in den Krieg hineinschlitterten. Präsident John F. Kennedy hatte kurz vor der Kuba-Krise das Buch dazu von der amerikanischen Historikerin Barbara Tuchman gelesen und misstraute seinen Militärkommandeuren, die die Raketenkrise am liebsten zum Anlass genommen hätten, den revolutionären Karibikstaat direkt vor ihrer Haustür militärisch platt zu machen. Die andere Hypothek auf der Habenseite, die er mitbrachte, war seine Bachelor-Abschlussarbeit an der Yale-Universität in seinem Studienfach *Internationale Politik* über die Verhandlungen von 1938 in München mit Adolf Hitler, das vermeintliche „Appeasement“ (also Beschwichtigung, Anbiederung, Gewähren lassen) vor allem der Engländer, aber auch Franzosen, gegenüber der drohenden faschistischen Usurpation europäischer Nachbarländer. Sein Vater, Joseph Kennedy, war damals diplomatischer Beobachter der Amerikaner in London und Berater auf britischer Seite. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj benutzte im Vorfeld der russischen Invasion erneut den Begriff „Appeasement“ in Bezug auf westliches Zögern und auf Diplomatie setzen..

FUHREN Europa, die Nato, der Westen, gegenüber Russland, dessen Nachbarn angeben, sich direkt massiv bedroht zu fühlen, selbst eine deutliche Deeskalations-Strategie, wie man es von Russland forderte? Das wird man kaum gegenwärtig sagen können. Die Botschaft war, wie schon früher an dieser Stelle gesagt, widersprüchlich mit *Verhandeln* (wollen) und gleichzeitig deutlich *Drohen* (müssen). Reden und Zuspitzen. Was so im Paket als politische „schwarze Pädagogik“ (im Sinne von die andere Seite soll nicht merken) die Eskalation offenbar nicht vom hohen Niveau herunterholte. Und es wohl auch nicht sollte. Es war ein Statement, kein Understatement in einer völlig festgefahren erscheinenden Krisen-Situation. Journalistische TV-Talk-Beteiligte bezeichneten Putin schlicht als „Lügner“ (phoenix-Runde, 16.2.). Während ein ehemaliger deutscher Moskau-Botschafter an gleicher Stelle besonnen durchaus richtige Dinge ansprach und sagte. Das war fast lehrmäßig, Chapeau!

DAMIT sind wir mittendrin in der Problematik von Droh-Rhetorik gepaart mit angeblicher Verständigungsbereitschaft. Beides geht in einer zielführenden *Irenik* (Friedenslehre) nicht zusammen. Denn was will man: Drohen und notfalls Zuschlagen oder Verhandeln? Etwas nur klarstellen oder erreichen wollen? Man kann die Drohung vielleicht im Kopf haben, aber man darf sie nicht aussprechen und adressieren, wenn man gehört werden möchte. Der Ton macht die Musik oder Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. Zwei sehr zutreffende Sprichwörter aus dem Repertoire des gesunden Menschenverstands. Millionenfach bewahrheitet. Solche widersprüchlichen Dualitäten sind für einen Dialog unbrauchbar und signalisieren eher, dass man gar keinen solchen will.

GESUNDER Menschenverstand scheint derzeit wenig am Werk. Die friedensbewegte Seite erging sich in Appellen, okay, das kann und darf sie, führte aber auch nicht gerade weiter. Besser wäre, Berater und Fachleute in deutsche Regierungsebenen (Außen, Wirtschaft, Verteidigung) zu schleusen, die Scholz, Habeck & Co. erklärten, was Gewaltfreie Kommunikation und ziviles Konfliktvermitteln und -lösen deeskalierend hätte leisten können. Denn auch Ministerin Baerbock war schließlich nicht weit entfernt von westlicher Warn- und Drohspirale auf militärischer Grundlage, wie sie leider mit Tunnelblick in einigen markanten Aussagen auf der Münchner Konferenz gerade bewies und dafür offizielles Lob einheimste. Well done, Annalena. Welcome to the club. Statt deutlicher andere vermittelnde Akzente zu setzen! Am Tag der russischen Invasion wiederum erging sie sich fast in flehendem Tonfall, Putin möge zu Gespräch und Verhandlung zurückkehren. Was gilt nun wirklich?

ES ist ein Trauerspiel, dass gerade auch bei den einst pazifistischen Grünen jegliche Erinnerung an einen Begriff wie den der „*Sozialen Verteidigung*“ als Form zivilen, gewaltlosen sozialen Widerstands gegen Usurpation und militärischen Überfall (Bsp. Prag 1968) vollkommen der Vergessenheit anheimgefallen ist. Jetzt, da sie doch mitregieren. Ein Feld, auf dem sie in den achtziger Jahren noch mitdiskutiert und agiert haben. Denn das könnte möglicherweise für die Ukraine zu einem Punkt des Widerstands gegen Russland werden. Ebenso verhält es sich mit der Einsicht, dass der Einsatz militärischer Mittel immer ein Versagen ziviler Politik als Ursache hat. Vor allem dem Politologen, Zivilarmee-Aktivisten und Friedensforscher, Theodor Ebert, ist wichtige historische wie aktuelle Grundlagen- und Aktionsforschung auf dem Gebiet ‚Sozialer Verteidigung‘ zu verdanken (siehe seine beiden dazu erschienenen Sammelbände mit Beiträgen und Beispielen dazu). Warum wird sich darauf nicht mehr besonnen?

WARUM werden bekannte deutsche Friedens- und Konfliktforschungsinstitute wie die HSFK (Frankfurt) oder das ISFH (Hamburg) nicht in ein Ukraine-Konflikt-Monitoring einbezogen? Da warten abrufbare Kapazitäten. Nur Stiftung Wissenschaft und Politik als beratender Think-Tank Berliner Politik reicht bei weitem nicht. Die ist schließlich ideologisch gut auf Westkurs. Wir brauchen aber die kritische, unabhängige und objektive Sicht. Dasselbe gilt eigentlich auch für die Nachrichten moderierenden Medien mit den entsprechenden Formaten. Ausgenommen etwa „phoenix – der tag“, wo eigentlich in der letzten Stunde eines Tages solide Arbeit gemacht wird, wie auch in den Phoenix-Diskussionsrunden dienstags bis donnerstags mit Anke Plättner oder Alexander Kähler.

ABER immer wieder werden dieselben „Flachredner“ von Experten bemüht, ihre Kommentare und Einschätzungen abzugeben, die einfach bestimmte Dimensionen von erweiterten Sichtweisen, etwa die der Dialog-Philosophie der Gewaltfreiheit, nicht auf dem Bildschirm haben. Das verengt eher die möglichen Perspektiven. Warum holt man nicht mal Professor Dieter Senghaas oder Harald Müller (HSFK) in die Runden bei Illner, Will, Maischberger oder Plasberg? Welche Berührungsprobleme gibt es da? Oder Professor Wolfgang Huber (Theologe und kirchlicher Friedensethiker) oder auch seinen Kollegen in der Schweiz, Professor Wolfgang Lienemann? Statt Militär-geleitete Politiker wie Norbert Röttgen (CDU), vom Auswärtigen Ausschuss, die gebetsmühlenhaft und geschicht-vergessen ihren eindimensionalen Antiputinismus und Antirussismus präsentieren dürfen.

ODER zu denken wäre an den Präsidenten des Internationalen Versöhnungsbundes – Deutscher Zweig, einer über 100-jährigen Friedensorganisation, Rechtsanwalt und Asyljurist, Ullrich Hahn (jüngstes Denk-Werk: „Vom Lassen der Gewalt“). Pax Christi - Deutsche Sektion, die Kooperation für den Frieden (Bonn), der Bundessausschuss Friedensratschlag (Kassel) und das Netzwerk Friedenskooperative (Bonn) könnten Kontakte zu kompetenten Menschen auf dem Gebiet Friedens- und Konflikttheorie und -praxis sowie gewaltfreier Mediation vermitteln. Zu denken wäre schließlich auch an Initiativen wie „Bund für Soziale Verteidigung“ und an die Arbeitsstelle „Connection e. V.“ (Offenbach), die zahlreiche Kontakte unterhält zu Kriegsgegnern und Kriegsdienstverweigerern in ganz Europa (auch in der Ukraine und Russland) und von Zeit zu Zeit einen Rundbrief „KDV im Krieg“ herausgibt. Dann kämen schnell andere Informationen, Begutachtungen, Gütekraft-Werte, Perspektiven und Horizonte bereichernd mit ins Spiel und Gespräch. Deutschland könnte sich unter dem Label „*mehr Verantwortung üben*“ zum Fürsprecher von Zivilität und Zivilismus machen. Wozu haben solche Menschen jahrzehntelang theoretisch wie praktisch zu Themen wie Gewalt, Frieden, Konflikt und Krieg gearbeitet? Dieses Potenzial wird aber in aller Regel

nicht abgerufen und hinzugezogen. Das hat offenbar System. Die Menschen sollen nicht merken.

DEN Menschen werden, das beweist auch wieder das Ukraine-Exempel, alternative Draufsichten schlicht vorenthalten. Es geht daher darum. Augen und Sinne zu öffnen und zu erweitern. Um hinter die Dinge zu blicken, was sie bedeuten und symbolisieren. Wofür steht der Westen, wofür die Nato, wofür Putin? Eine Art Semiotik (Zeichenlehre) des Friedens und des Krieges wäre zu definieren. Denn wie es der französische Philosoph, Macht- und Diskursanalytiker, Michel Foucault, in Bezug auf kapitalistische Gesellschaftsformationen feststellte: unter dem Frieden lugt auch der Krieg hervor. Was nützt, ist, uns auf kritische „Diskursanalyse“ einzulassen, genau hinzuhören, uns in der Historischen Friedensforschung umzusehen nach ihren „Lehren aus der Geschichte“ (Reiner Steinweg). © Elmar Klink, D-Bremen, 23. Februar 2022.

| **Literatur: Reiner Steinweg (Red.):** Lehren aus der Geschichte. Historische Friedensforschung. Frankfurt/M. 1990 - **Wolfgang Huber, Hans-Richard Reuter:** Friedensethik. Stuttgart 1990 - **Hans Küng, Dieter Senghaas (Hg.):** Friedenspolitik. Ethische Grundlagen internationaler Beziehungen. München 2003 - **Ralf Becker, Stefan Maaß & Christoph Schneider-Harpprecht (Hg.):** Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik. Ein Szenario bis zum Jahr 2040. Karlsruhe 2018 (Download über: www.ekiba.de) - **Nikolaus Koch:** Blockfreies Europa. Essen 1982 - **Ders.:** Blockfreies Deutschland im blockfreien Europa – Unsere revolutionäre Aufgabe. Dortmund 1986 (Anfrage an: pad-verlag@gmx.net) - **Theodor Ebert:** Soziale Verteidigung, Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie. Waldkirch 1982 - **Ders.:** Bd. 2: Formen und Bedingungen des zivilen Widerstands. Waldkirch 1983 **Marshall B. Rosenberg:** Konflikte lösen mit Gewaltfreier Kommunikation. Ein Gespräch mit Gabriele Sells: Freiburg i. Br. 2004 - **Ders.:** Gewaltfreie Kommunikation. Neue Wege in der Mediation und im Umgang mit Konflikten. Paderborn 2003 |

Vom selben Autor:

- „Kiew: Gebt uns Waffen! Ein friedenspolitischer Kommentar zum Ukraine-Problem“; Bremen, 8./9. Februar 2022;
 - „Leichte Entspannung in der Ukraine-Krise – wer miteinander redet, schießt nicht. Der robuste friedenspolitische Kommentar, Teil II“; Bremen, 16. Februar 2022.
 - „Das Ukraine-Paket: Der USA-Nato-Ukraine-Russland-Konflikt“. Zwei friedenspolitische Kommentare und eine psycho-politische Einschätzung. Bremen 2022. Als Text-Dateien online zu beziehen bei: Elmar.Klink@gmx.de.
- Der Autor:** Jg. 1953; Studium Sozialarbeit und Sozialwissenschaften in Bremen, Kriegsdienstverweigerung 1971; seit Zivildienst 1976/77 aktiv in Friedens-, Umwelt- und gewaltfreier Bewegung; Essays und Textarbeiten für politische Zeitschriften